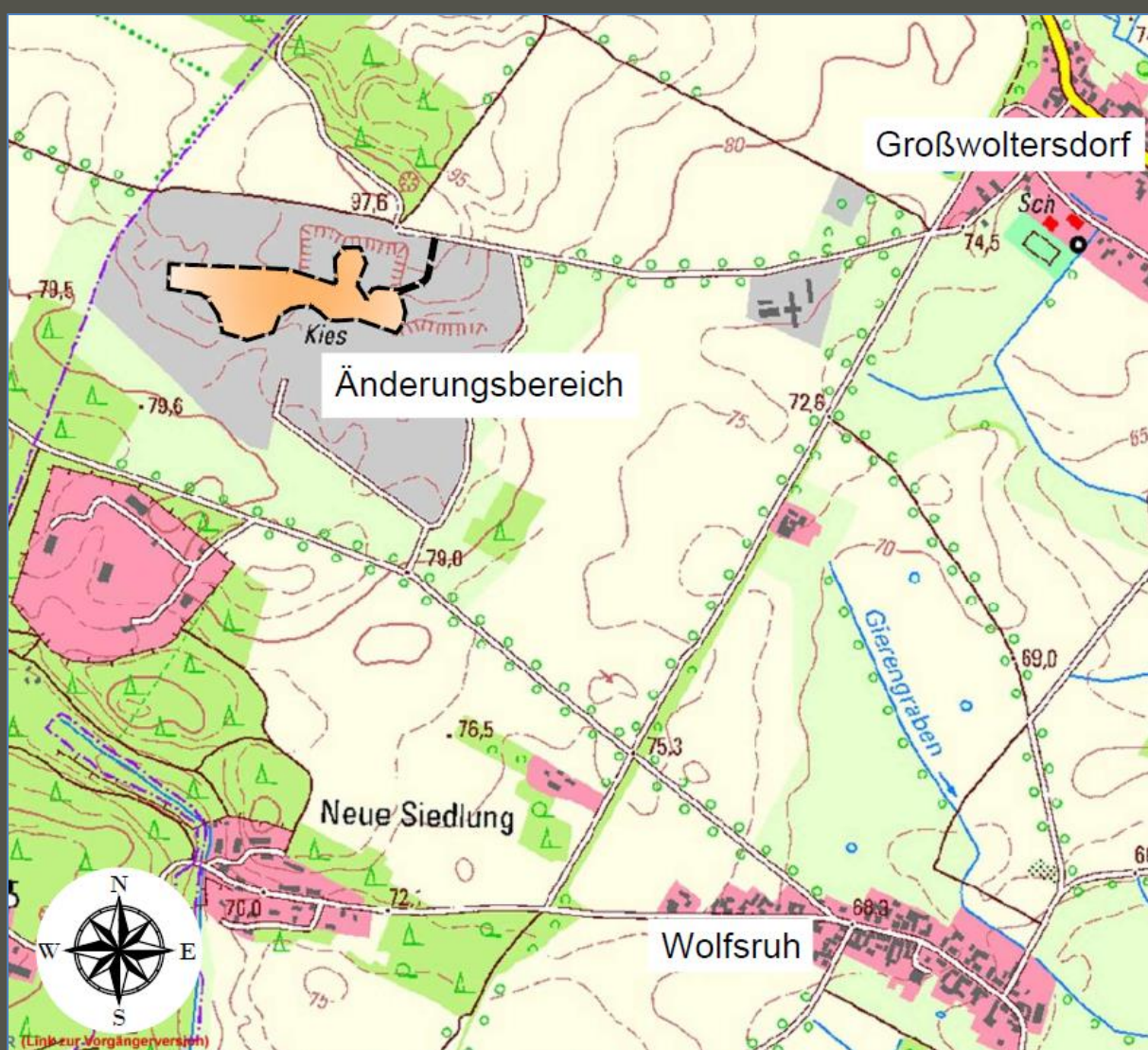


5. Änderung des Flächennutzungsplans des Amtes Gransee und Gemeinden



Begründung
August 2020

INHALTSVERZEICHNIS

1. PLANUNGSANLASS	3
2. VORGABEN UND RAHMENBEDINGUNGEN	4
2.1 Rechtsgrundlagen	4
2.2 Geltungsbereich	4
2.3 Planungsbindungen	5
2.4 Fachplanung	8
3. ENTWICKLUNGSZIELE DER FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG	10
4. AUSWIRKUNGEN DER FLÄCHENNUTZUNGSÄNDERUNG	13
5. UMWELTBERICHT	als gesonderter Teil der Begründung

1. Planungsanlass

Mit Beschluss vom 14. März 2012 hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Großwoltersdorf in ihrer Sitzung die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 2 „Solarpark Großwoltersdorf“ gefasst.

Damit sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erzeugung von Solarstrom auf dem Areal eines ehemaligen Kies- und Kiessandtagebaus geschaffen werden.

Der wirksame Flächennutzungsplan in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.04.2002 stellt den Planungsraum als *Konzentrationszone für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen* dar. Die geplante Nutzung als sonstiges Sondergebiet im Sinne von § 11 Abs. 2 BauNVO lässt sich nicht aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickeln.

Insofern soll der Flächennutzungsplan des Amtes Gransee und Gemeinden gemäß § 8 Abs. 3 BauGB im Parallelverfahren geändert werden.

2. Vorgaben und Rahmenbedingungen

2.1 Rechtsgrundlagen

- **Baugesetzbuch** (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I. S. 3634), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728)
- **Baunutzungsverordnung** (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S.3786)
- **Planzeichenverordnung** (PlanZV 90) i. d. F. vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057)
- **Kommunalverfassung des Landes Brandenburg** (BbgKVerf) i. d. F. der Bekanntmachung vom 18. Dezember 2007, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl.I/19, [Nr. 38])
- **Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege** (BNatSchG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)
- **Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz** (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 21. Januar 2013, (GVBl.I/13, [Nr. 03, ber. (GVBl.I/13 Nr. 21)]) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl.I/20, [Nr. 28])
- **Brandenburgische Bauordnung (BbgBO)** vom 15. November 2018 (GVBl. I/18, Nr. 39)
- **Hauptsatzung der Gemeinde Großwoltersdorf** in der aktuellen Fassung

2.2 Geltungsbereich

Der Änderungsbereich der 5. Änderung des Flächennutzungsplans des Amtes Gransee und Gemeinden ist im Plan im Maßstab 1 : 5.000 dargestellt und beläuft sich auf eine Fläche von 5,0 ha.

2.3 Planungsbindungen

Bauleitpläne unterliegen den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung. Dabei sind die einzelnen Bundesländer gebunden, übergeordnete und zusammenfassende Pläne oder Programme aufzustellen. Für Planungen und Maßnahmen der Gemeinde Großwoltersdorf ergeben sich die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung aus folgenden Rechtsgrundlagen:

- **Raumordnungsgesetz** (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986, zuletzt geändert durch Artikel 159 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328))
- **Gesetz über das Landesentwicklungsprogramm 2007** (LEPro 2007) und die Änderung des Landesplanungsvertrages vom 18. Dezember 2007
- **Verordnung über den Landesentwicklungsplan der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg - LEP HR** vom 29. April 2019, in Kraft getreten mit Wirkung vom 1. Juli 2019
- **Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung“ (ReP Rohstoffe)**, Satzung vom 24. November 2010

Im Verlauf des Aufstellungsverfahrens ist die Vereinbarkeit mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung zu prüfen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 4 Abs. 1 ROG. Ziele der Raumordnung sind gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Für gemeindliche Bauleitplanverfahren besteht eine Anpassungspflicht.

Bei den Grundsätzen der Raumordnung handelt es sich hingegen gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG um Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen. Für nachgeordnete Bauleitplanverfahren besteht eine Berücksichtigungspflicht.

Gemäß geltender Rechtsprechung trifft das regelmäßig dann zu, wenn infolge der Größe des Vorhabens Auswirkungen zu erwarten sind, die über den unmittelbaren Nahbereich hinausgehen (Raumbeanspruchung, Raumbeeinflussung).

Die in den raumordnerischen Grundsätzen formulierten Standortprioritäten werden mit dem gewählten Änderungsbereich der 5. Änderung des Flächennutzungsplans vollständig erfüllt.

Gemäß dem LEPro 2007 § 2 Abs. 3 wird dem Ausbau neuer Wirtschaftsfelder im ländlichen Raum eindeutig zugesprochen. Dazu zählt die europaweite und nationale Neuausrichtung auf die Erzeugung regenerativer Energien (Windenergie, Solarenergie, Biomasse).

„Die Erschließung bzw. Stärkung neuer, zukunftsfähiger Wirtschaftsfelder trägt zur Diversifizierung der Erwerbsgrundlagen und somit zur Schaffung von Arbeitsplätzen auch außerhalb der Landwirtschaft bei. Zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und Vermeidung weiterer Abwanderung sollen die ländlichen Räume zu einem wissensbasierten Wirtschaftsraum weiterentwickelt werden.“ (Begründung zu § 2 zu (3); LEPro 2007)

Die wesentlichen Wertschöpfungspotenziale der ländlichen Räume sollen zukunftsweisend durch „technologische Innovationen und daran anknüpfende Produktionspotenziale insbesondere in den Technologiebereichen der Energie [...] erschlossen und weiterentwickelt werden“. (Begründung zu § 2 zu (3); LEPro 2007)

Gemäß dem LEP HR wird hinsichtlich der Klimaschutzziele den erneuerbaren Energiearten (Windenergie, Biomasse, Solarenergie) eine besondere energiesichernde Bedeutung zugesprochen.

Laut des Grundsatzes 8.1 des LEP HR sollen zur Vermeidung und Verminderung des Ausstoßes klimawirksamer Treibhausgase eine räumliche Vorsorge für eine klimaneutrale Energieversorgung, insbesondere durch erneuerbare Energien, getroffen werden. Das vorliegende Plangebiet umfasst eine wirtschaftliche Konversionsfläche.

Das vorliegende Plangebiet umfasst eine wirtschaftliche Konversionsfläche.

Gerade aufgrund der bereits bestehenden verkehrlichen Erschließung und des sogenannten Flächenrecyclings (kein zusätzlicher Landverbrauch) haben Konversionsflächen ein erhöhtes Nachnutzungspotenzial für die umwelt- und ressourcenschonende Art der dezentralen Stromerzeugung.

Gemäß der Festlegungskarte des *ReP Rohstoffe* befindet sich der Planungsraum im *Vorranggebiet Sicherung oberflächennaher Rohstoffe* Nr. 38 (Großwoltersdorf, Kiessand und Sand). In den Vorranggebieten „*Sicherung oberflächennaher Rohstoffe*“ hat die Gewinnung der Rohstoffe Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen. Dem Abbau der oberflächennahen Rohstoffe entgegenstehende Nutzungen sind innerhalb dieser Gebiete faktisch ausgeschlossen (**Z 1.1 ReP Rohstoffe**). Damit sind alle, der Gewinnung von Rohstoffen entgegenstehende, Investitionsabsichten grundsätzlich nicht umsetzbar. Die nutzbaren Potenziale des Geltungsbereiches hinsichtlich der Rohstoffgewinnung wurden vollständig abgebaut. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass der Planungsraum einer bergbaulichen Nutzung nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Die im Osten vorhandenen, nicht gänzlich ausgekiesten Bereiche werden mit dem vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan nicht mehr überplant.

Unter Wahrung der Belange der Rohstoffgewinnung für den ehemaligen Kiessand-Tagebau westlich der Ortslage Großwoltersdorf erscheint der vorliegende vorhabenbezogene Bebauungsplan mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung, insbesondere hinsichtlich des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien, vereinbar.

Gemäß dem **Grundsatz G 1.4** des Regionalplans „Rohstoffsicherung“ soll die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe abschnittsweise erfolgen und mit einer **umgehenden Rekultivierung** verbunden sein. Unter Berücksichtigung der Entwicklungsziele der Landschaftsplanung, der Belange der Land- und Forstwirtschaft sowie der Abbausituation soll mit der Rekultivierung vorzugsweise die Wiederherstellung der ursprünglichen Nutzung angestrebt werden.

Auf den Flächen, auf denen der Rohstoffabbau bereits abgeschlossen ist, fand bisher keine klassische Rekultivierung statt. Die bergbaurechtliche Tätigkeit der Wiedernutzbarmachung wurde jedoch aufgrund der Insolvenz des Bergbauberechtigungsinhabers durch die vom Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe durchgeführte Ersatzvornahme abgeschlossen.

In diesem Zusammenhang ist auf die Abschlussdokumentation des Landesamts für Bergbau, Geologie und Rohstoffe mit Stand 28. Oktober 2016 zu verweisen, in der die Historie des Tagebaus, durchgeführte Ersatzvornahmen, der Endzustand und ein Abschluss-Risswerk enthalten sind.

Das Gesamtkonzept zum Solarpark Großwoltersdorf berücksichtigt durch die mit dem Vorhaben in Verbindung stehende Geländeregulierung sowie die darüber hinaus verbindlich geregelte Folgenutzung die gemäß Grundsatz G 1.4 des Regionalplans „Rohstoffsicherung“ beabsichtigte Rekultivierung. Nach dem Rückbau des Solarparks wird die Fläche eine besondere und hervorgehobene Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz sowie die Erholung in Natur und Landschaft erlangen. Der Grundsatz G 1.4 wurde also beachtet.

2.4 Fachplanung

Für große Teile des Plangebietes bestand Bergaufsicht im Sinne des § 69 u. ff. BBergG. Dies betraf die Fläche des inzwischen abgelaufenen Hauptbetriebsplanes für das Abbauvorhaben „Kiessandgewinnung Großwoltersdorf“. Seit der Insolvenz des Bergbauunternehmers im Jahr 2005 fanden keine Gewinnungsarbeiten im Tagebau statt. Durch das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) wurde mit Mitteln aus der Sicherheitsleistung insbesondere 2013 durch Abschieben von Böschungen auf nach Bergbaunorm erforderliche Böschungswinkel die Standsicherheit der Endböschung hergestellt. Die Gefahrenbeseitigung ist damit nach Einschätzung des LBGR abgeschlossen.

Die Bergaufsicht ist keine „Flächenaufsicht“. Sie ist bezogen auf Tätigkeiten und Anlagen (Betrieb). Im Bereich des Kiessandtagebaues Großwoltersdorf gibt es keine bergbaulichen Anlagen und auch keine bergbaulichen Tätigkeiten. Auch die „letzte“ entscheidende Tätigkeit der Wiedernutzbarmachung ist durch die vom LBGR durchgeführte Ersatzvornahme abgeschlossen. Darüber hinaus ist auf die Abschlusssdokumentation mit Stand 28. Oktober 2016 zu verweisen, in der die Historie des Tagebaus, durchgeführte Ersatzvornahmen, der Endzustand und ein Abschluss-Risswerk enthalten sind.

Eine künftige Rohstoffgewinnung muss jedoch in den nicht ausgekiesten Flächen weiterhin möglich sein. Aus diesem Grund werden diese nicht ausgekiesten Flächen mit der 5. Änderung des Flächennutzungsplans nicht mehr überplant. Es handelt sich hierbei im Nordosten außerhalb des Geltungsbereichs um eine Fläche von 44.856 m² und im Südosten außerhalb des Geltungsbereichs um eine Fläche von 33.882 m².

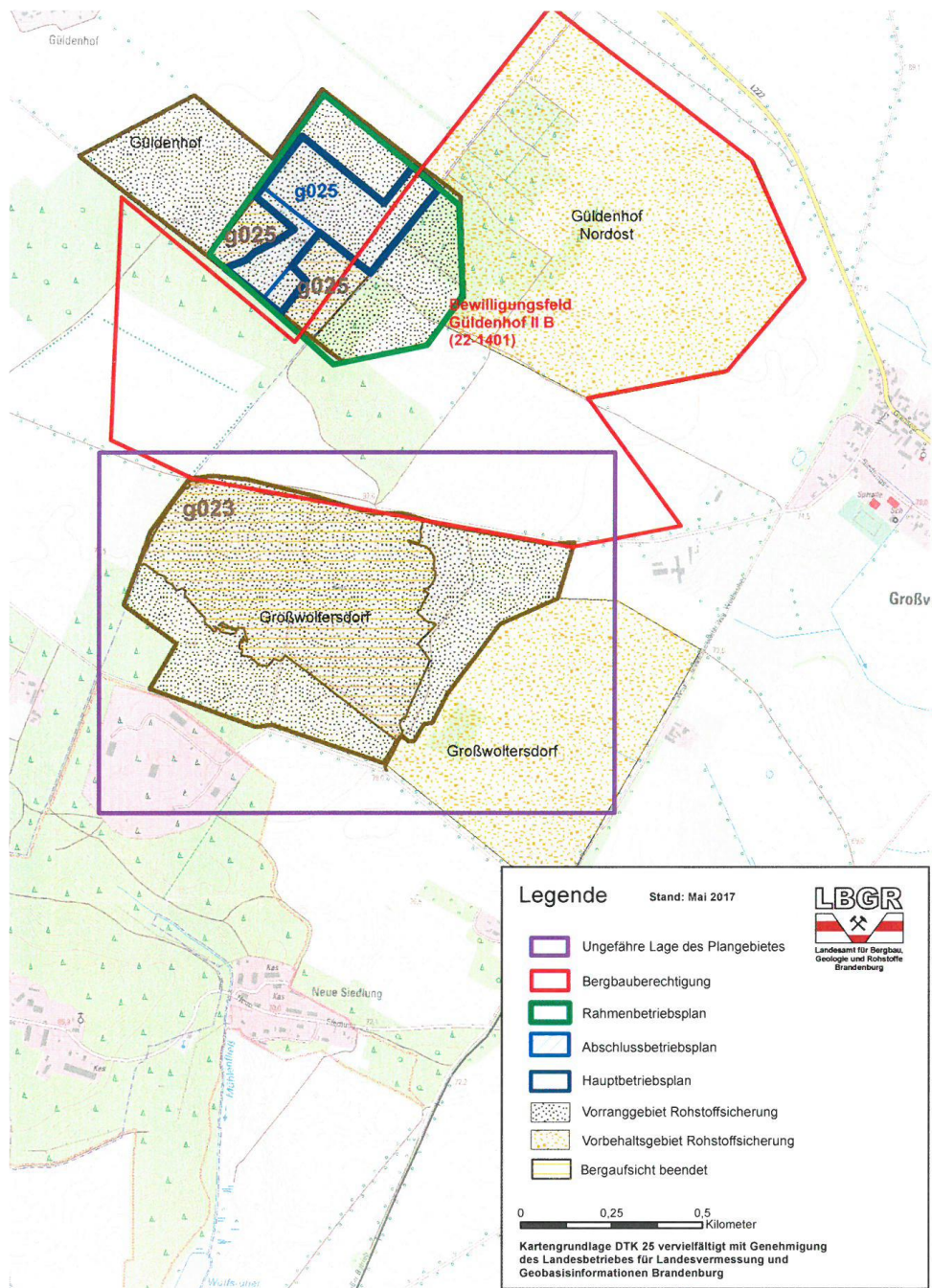


Abbildung 11: Bereich für den die Bergaufsicht am 15.11.2016 endete

3. Entwicklungsziele der Flächennutzungsänderung

Die Ziele der 5. Änderung des Flächennutzungsplans des Amtes Gransee und Gemeinden sind vollständig auf den Bebauungsplan Nr. 2 der Gemeinde Großwoltersdorf „Solarpark Großwoltersdorf“ ausgerichtet.

Der Gemeinde Großwoltersdorf liegen für den Standort konkrete Investitionsabsichten vor. Nach aktuellen Planungen des Investors sind die Errichtung und der Betrieb eines Solarparks mit einer Leistung von insgesamt bis zu 6 MW geplant. Das gesamtwirtschaftliche Konzept ist darauf ausgelegt, dass vorab die zwingend notwendige Geländeprofilierung und die Einzäunung des Areals durch den Investor erfolgen können.

Die Geländeregulierung und die Sicherung des Areals im Sinne der Gefahrenabwehr für die Öffentlichkeit sind also als maßgebende Gründe für die Aufstellung des Bebauungsplanes anzusehen.

Zusätzlich sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erzeugung von Solarstrom innerhalb des ehemaligen Kies- und Kiessandtagebaus als wirtschaftliche Konversionsfläche geschaffen werden.

Entsprechend den gesetzlichen Anforderungen des allgemeinen Klimaschutzes dient der Bebauungsplan mit der Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen für die Erzeugung erneuerbarer Energien darüber hinaus auch der Minderung des CO₂-Ausstoßes und trägt so zur Mitigation des globalen Klimawandels bei.

Nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2014) soll bis zum Jahr 2025 ein Anteil der erneuerbaren Energien von mindestens 40 - 45 % am Bruttostromverbrauch erreicht werden. Bis spätestens 2050 wird ein Anteil von mindestens 80 % der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Stromverbrauch angestrebt.

Die planungsrechtliche Ausweisung eines sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie“ sieht die Gemeinde Großwoltersdorf als wichtigen Beitrag zur Erreichung der klima- und energiepolitischen Zielsetzung der Bundesregierung.

Nach § 5 Abs. 1 BauGB wird dazu auf der Ebene des Flächennutzungsplans die Art der Zwischennutzung bis 31.12.2050 als sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie“ dargestellt. Als Folgenutzung wird eine Fläche zum Schutz zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit der Zweckbestimmung „private Grünfläche zur freien Sukzession“ dargestellt.

Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet (LSG-VO) „Fürstenberger Wald- und Seengebiet“ sind sonstige Handlungen, die geeignet sind, den Charakter des Gebietes zu verändern, den Naturhaushalt zu schädigen, das Landschaftsbild zu beeinträchtigen oder sonst dem besonderen Schutzzweck zuwiderzulaufen, genehmigungsbedürftig.

Der Genehmigung bedarf insbesondere, wer beabsichtigt, bauliche Anlagen, die einer öffentlich-rechtlichen Zulassung oder Anzeige bedürfen, zu errichten oder wesentlich zu verändern.

„Der vorliegende vorhabenbezogene Bebauungsplan umfasst ein Einzelvorhaben im LSG, für das der Landkreis im konkreten Zulassungsverfahren über eine Ausnahme entscheidet. Ein Zustimmungsverfahren durch den Verordnungsgeber ist nicht erforderlich.

Der Landkreis ist als untere Naturschutzbehörde grundsätzlich für die Durchführung der LSG-VO zuständig (§ 1 Absatz 1 NatSchZustV). Dem steht nicht entgegen, dass ein Zustimmungsverfahren vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) als Verordnungsgeber durchgeführt werden kann.

Umfassen Bauleitpläne jedoch lediglich ein einzelnes Vorhaben, hat der Landkreis über die für eine Realisierung des geplanten Vorhabens erforderliche Ausnahme zu entscheiden. Es besteht dann kein Anlass für den Verordnungsgeber, sich im Zustimmungsverfahren mit dem Bauleitplan zu befassen. [...] Die Regelungen der LSG-VO bleiben von dem B-Plan unberührt und finden weiterhin Anwendung (§ 29 Absatz 2 BauGB). Im Rahmen eines konkreten Baugenehmigungsverfahrens sind sie als öffentlich-rechtliche Vorschriften zu beachten (§ 72 Absatz 1 Satz 1 BbgBO). Widersprechen einzelne Vorhaben dem Schutzzweck des LSG, prüft der Landkreis daher im Rahmen seiner Zuständigkeit, ob die Voraussetzungen einer landschaftsschutzrechtlichen Genehmigung nach der LSG-VO oder naturschutzrechtlichen Befreiung nach § 67 Absatz 1 BNatSchG gegeben sind. Dies gilt auch für Vorhaben im Geltungsbereich eines Bauleitplans. Für landschaftsschutzrechtliche Genehmigungen oder Befreiungen bedarf der Landkreis als untere Naturschutzbehörde in keinem Fall einer vorherigen Entscheidung einer anderen Naturschutzbehörde.“¹

Mit der 5. Änderung des Flächennutzungsplans des Amtes Gransee und Gemeinden und der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans soll die Errichtung und der Betrieb einer Freiflächen-Photovoltaikanlage einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen planungsrechtlich ermöglicht werden.

¹ Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft; 28.11.2016

Das Vorhaben betrifft die Fläche des inzwischen abgelaufenen Hauptbetriebsplanes für das Abbauvorhaben „Kiessandgewinnung Großwoltersdorf“ in einem Umfang der festgesetzten Sondergebietsfläche von 5,0 ha. Das Vorhaben ist damit flächenmäßig begrenzt und bedarf lediglich einer einzigen Zulassungsentscheidung.

Der Landkreis sicherte mit seiner Stellungnahme vom 29.11.2016 unter folgenden Bedingungen zu, dass für das mit dem Bebauungsplan verfolgte, konkrete Vorhaben die erforderliche Befreiung befristet für 30 Jahre erteilt wird: Die Gemeinde weist nach, dass sich das Planungsziel nicht an einem nach dem Schutzkonzept der LSG-Verordnung günstigeren Standort oder mit geringerer Eingriffsintensität verwirklichen lässt, weil Alternativstandorte unzumutbar sind, da mit deren Umsetzung ein technischer und finanzieller Aufwand völlig außer Verhältnis zu den Belangen von Natur und Landschaft stehen würde.

Für den Änderungsbereich der 5. Änderung des Flächennutzungsplans des Amtes Gransee und Gemeinden ergibt sich folgende Flächenbilanz:

Ausweisung im Flächennutzungsplan	Bestand	Planung
Fläche für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen	5 ha	0 ha
Sonstiges Sondergebiet „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie“	0 ha	5 ha

4. Auswirkungen der Flächennutzungsänderung

Die Darstellung von sonstigen Sondergebieten mit der Zweckbestimmung „Energiegewinnung auf der Basis Solarer Strahlungsenergie“ entfaltet auf der Ebene des Flächennutzungsplans keine unmittelbaren Wirkungen auf den Natur- und Landschaftshaushalt. Es werden jedoch die planungsrechtlichen Grundlagen für die Entwicklung eines Solarparks geschaffen.

Die geplante Darstellung steht damit in unmittelbarem Zusammenhang mit der Errichtung einer Anlage zur Erzeugung solarer Strahlungsenergie und deren Nebenanlagen. Die geplante Nutzung eines Solarparks innerhalb des Geltungsbereiches der 5. Änderung des Flächennutzungsplans wird als Zwischennutzung bis zum 31.12.2050 befristet. Als Folgenutzung ist nach dem vollständigen Rückbau der Anlage die freie Sukzession der Fläche geplant.

Für eine Flächennutzungsplanänderung im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB zu einem Bebauungsplan mit gleichem Geltungsbereich besteht die Möglichkeit, die schwerpunktmäßige Ermittlung bestimmter Umweltauswirkungen der nachfolgenden Planungsebene zuzuordnen (Abschichtung). Eine angemessene und abschließende Konfliktbewältigung der zu erwartenden Eingriffe ist vorliegend auf der Ebene der Flächennutzungsplanung nicht zweckmäßig. Insbesondere eine Vertiefung der Ergebnisse beispielsweise im Hinblick auf die genaue räumliche Verteilung der Umweltauswirkungen kann durch entsprechende Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Ebenen eines mehrstufigen Planungssystems bis auf die Ebene des dem Bebauungsplan nachfolgenden Zulassungsverfahrens delegiert werden.

Die erheblichen vorhersehbaren Umweltauswirkungen werden im Rahmen des im Parallelverfahren erarbeiteten vorhabenbezogenen Bebauungsplans detailliert geprüft und die vorliegenden Ergebnisse für den Umweltbericht der Flächennutzungsplanänderung übernommen.